

Polizeidebatte im Landtag

4. Sitzung, Dienstag, 12. Juni, vorm. 11 Uhr (Schluß)

Abg. Wandel (Dnat. Sp.) behauptet, daß die Verfassungsgewalt der Reichspolizei heute beinahe aufgehoben sei. Ein Opfer dieser Verhältnisse sei sein Fraktionskollege Kaula in einer öffentlichen Versammlung in Zwickau-Schönbühel geworden. Die Festhaltung von Mitgliedern des Vereins Stahlhelm in Leipzig sei eine glatte Freiheitsverletzung gewesen. Bei den Erwerblosendemonstrationen in Leipzig am 4. Juni sei die Polizei zu spät gekommen. Wir verlangen volle Entschädigung des Verlustes des Cafés Rösche und seiner Angestellten. Bei einem rechtzeitigen Vorbehalt der Zusammenrottungen hätte es zu den blutigen Unruhen am 6. Juni gar nicht kommen können. Die Polizei habe sich an diesem Tage unter den schwierigsten Verhältnissen bis zum letzten Augenblicke tapfer gehalten, wofür ihr der Dank der ordnungliebenden Bevölkerung gebühre.

Abg. Dr. Kaiser (D. Sp.) spricht von strafbaren Handlungen der kommunistischen Hundertschaften in Adsdorf, Dresden, Chemnitz, Aue, Trebsen usw. und fragt die Regierung, was sie gemäß ihrer Zulage in ihrem Programm, getan hat, diese Gewalttätigkeit zu verhindern, und ob sie bereit ist, sämtliche bestehenden Selbstschutzorganisationen aller Art aufzulösen und ihre Reorganisation zu verhindern. Die Regierung müsse sich von der Umklammerung der Kommunisten befreien, sonst schädige sie ihre eigene Partei. Die Geschichte werde vielleicht einmal Dr. Zeigner als Totengräber der Sozialdemokratischen Partei bezeichnen.

Eine Anfrage Dr. Kaiser (Dem.) hat die Dresdner Unruhen zum Gegenstande. Es wird die Regierung gefragt, wie Sicherheit und Ordnung für die Zukunft gewährleistet werden sollen, als Anzeichen oder Barmherzigkeit vorhanden sind, daß bei den genannten Ereignissen politische Momente mitgespielt haben, und ob von irgendeiner Seite versucht worden ist, die Unruhen zu politischen Zwecken auszunutzen. Weiter fragt der Redner, der allerlei hässliche Angriffe auf den Polizeipräsidenten Rente macht, ob es richtig ist, daß zwei Polizeioffiziere, die schließlich den Befehl zum Einschreiten gegeben haben, festgesetzt worden sind, und spricht dabei von einer Einheitsfront der Kommunisten mit der Reichsarmee. Mit der Politik der Regierung könne es so wie bisher auf die Dauer nicht weitergehen. Die Regierung tue alles, um den guten Ruf Sachsen zu schützen.

Abg. Renner (Komm.) beschäftigt sich in einer Anfrage mit der Organisation der sächsischen Landespolizei und sagt dabei, daß mit Ausnahme von Dresden, überall die reaktionären Offiziere die Situation beherrschen. Gegen die Eingriffe der Reichsregierung träte die sächsische Regierung nicht entschieden genug auf.

Abg. Bauer (Dnat. Sp.) fragt die Regierung, aus welchem Grunde und mit welchem Rechte sie die Reihe des Denkmal für die Ehren der gefallenen 105er in Werdau verbieten hat. Nach Meinung des Redners ist es auf Veranlassung von auswärtigen Kommunisten geschehen. Die Werdauer Kommunisten hätten erklärt, sie nicht hören zu wollen.

Ministerpräsident Dr. Zeigner betont, daß eine Landesgesetzliche Regelung zum Abhiltungstage ganz ausgeschlossen ist, da es sich um eine reichsgesetzliche Materie handelt. Den Erwerblosen soll eine einmalige Landesbeihilfe, über deren Höhe Verhandlungen noch schweben, ausbezahlt werden. Es wird dabei mit einer Gesamtsumme von 24 Millionen Mark gerechnet. Der Ruhrarbeiterstreik war bereits beendet, als die kommunistische Anfrage einging, so daß es unmöglich war, von Sachsen aus auf die Dinge einzugehen. Es ist festzuhalten, daß die sächsische Regierung die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter unterstützt, wie sie alle berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten unterstützt wird. — Bei den

Dresdner Unruhen

sind zwei Herren aufgetreten, jeder mit einem Ausweis des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung. (Hört, hört! bei den Komm.) Zuruf des Abg. Dr. Kaiser. Rein, es sind keine Bittenschriften, wir wollen doch aus dem Gebiet der jährlichen Wägen einmal herauskommen. (Sehr gut links.) Der Herr Dr. Dillinger ist Regierungsrat und nicht zur Verfügung des Reichskommissars für öffentliche Ordnung, er befindet sich nicht auf einer Dienstreife hier, sondern auf Urlaub. Nach seiner ganzen bisherigen Tätigkeit besteht kein Zweifel, daß er nicht in irgendeiner Absicht hierher gekommen ist, drittschüssliche Erhebungen zu begünstigen oder zu provozieren, er hat sich bloß vielleicht nicht besonders geschickt gehalten. Infolgedessen besteht auch gar kein Anlaß, irgend etwas gegen ihn zu unternehmen. Ganz anders sind dagegen die Verhältnisse hinsichtlich des sogenannten Reutnants

Krull.

Dieser Herr ist kein Reutnant, sondern der aus dem Prozeß wegen Ermordung der Rosa Luxemburg bekannte Reichswehrminister Krull. Er befindet sich sonderbarerweise im Besitz eines Ausweises. Der Reichskommissar hat mir erklärt, daß dieser Krull nicht von ihm mit irgendwelchen Aufträgen versehen worden ist. Die Dienststelle, die mit dem Herrn verhandelt hat, hat selbstverständlich zunächst Bedenken gehabt — sie hat nicht gewußt, daß es der angebliche Wäcker der Rosa Luxemburg gewesen ist — und hat ihn dingelassen. Krull hat erklärt, er erwarte ein Staatsgespräch des Reichskommissars, und hat wiederkommen wollen, was aber natürlich nicht geschehen ist. Der Reichskommissar ist zu derselben Zeit vom Café Rösche oder von einem hiesigen Hotel aus angerufen worden von einer Person, die sich Krull genannt hat und — soweit wir ermitteln konnten — dieser Krull ist mit dem angeblichen Krull identisch. Der Reichskommissar hat nun erklärt, er unterhalte keinerlei Zweifel, die irgendwem die politische oder sonstige Tätigkeit der Landesregierungen überwiegen. Falls es doch geschehen sein sollte, so würde es ein glatter Verstoß gegen die Abmachungen sein, die zwischen dem Reich und den Ländern getroffen worden sind. Ich habe keinen Anlaß zur Annahme, daß der Reichskommissar von diesen Abmachungen abgesehen ist. Es scheint so zu sein, daß dieser Krull früher einmal im Dienste irgendeiner Reichsstelle gestanden hat und nach dieses Parier befehlen und mitgebracht hat. — Der Ministerpräsident sagt dann noch, daß die Konzentration außer-sächsischer Kruppen in Adsdorf Gegenstand einer Besprechung am 31. Mai mit dem Reichswehrminister und dem Landeskommandanten General Müller gewesen ist, bei der alle bestehenden Differenzpunkte durch ein außerordentlich weites Entgegenkommen des Reichswehrministers ihre Beilegung gefunden hat.

Innenminister Liebmann:

Die Schuld an den Unruhen und sonstigen Belästigungen der Erschütterungen liegt durchaus nicht bei der Regierung, auch nicht bei der Polizei und nicht bei den Hundertschaften.

Die Schuld liegt bei der Reichspolizei.

die im Interesse der besitzenden Klasse im Reich gemacht wird (Woh! rechts), deren Hauptführer Sie sind. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Sich hierherstellen und rufen: Polizei, hilf, wenn man durch die ganze Polizei die Massen des Volkes in tiefer Verwirrung, in Eile und Not gestürzt hat (Lebhaftes Zustimmung links), ist eine sehr hübsche Methode. Schuld an diesen Zuständen ist, daß die Besitzenden geschont werden in ihren Steuern (Lebhaftes Sehr richtig! links), daß alle Quellen des Schutzes gegen den Bürger verstopft worden sind, daß alle Veruche, den Bürger zu erfassen, immer mehr durch die ganze Reichspolizei abgedaut worden sind, daß die Lasten des Krieges, die Lasten des Friedensvertrages in der Hauptsache durch diese ganze Polizei auf die Schultern der breiten Masse der Bevölkerung gelegt worden sind. (Sehr richtig! links.) Große Unruhe und Hört, hört! rechts. Kommer des Präsidenten.) Wenn Sie der Regierung Vermurde über ihre schlappe Haltung machen und verlangen, daß die Polizei gegen die Arbeiter und Demonstranten dreinschlägt, gegen Hungernde und Verwundete mit den brutalen Mitteln der Staatsgewalt vorgeht, so sagen wir Ihnen darauf: das tun

wir nicht, deshalb nicht, weil die Schuldigen nicht die Verwundeten, und die in Not und Eile Verfallenden sind, sondern auf der andern Seite liegen. (Zurufe rechts.) Und wenn Bedürfnisse vorhanden sind für Ruhe und Ordnung — auch in Ihrem Sinne — zu sorgen, dann sag ich Ihnen voraus:

Helfen Sie erst einmal die Quellen dieser Not, dieses Elends verstopfen!

Wirken Sie mit daran, daß die Menschen ihr Auskommen haben und nicht zu Verzweiflungsausbrüchen getrieben werden. (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.; Zurufe rechts.)

Wenn Sie an die Staatsgewalt das Ansehen stellen, daß die Polizei eingesetzt werden soll, um Erschütterungen, wie die der letzten Zeit niederzuschlagen, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob überhaupt die Polizei in diesem Sinne verwendet werden kann (Sehr richtig! links), ob überhaupt eine Regierung, wie sie jetzt am Ruder ist, eine solche Einstellung haben kann. In der vorrevolutionären Zeit war die Polizei das Instrument des Klassenstaates zur Niederhaltung der Arbeiter. Sie haben diese Ideologie noch nicht abgestreift und verlangen von den Beamten und der Staatsgewalt, daß sie die Polizei in demselben Sinne anwenden, wie vorher. Demgegenüber steht die moderne Auffassung der nachrevolutionären Zeit, die sich darin ausdrückt, daß

die Polizei das Instrument zum Schutze der Republik

ist, das Instrument zur Durchführung der Gesetze, daß sie aber nicht im vorrevolutionären Sinne dazu da ist, auf Hungernde loszuschlagen, sondern daß sie ein Instrument der Republik ist, und daß ihre Beamten Diener der Republik sind, die ihre Pflichten erfüllen. (Murmure und Zurufe rechts.) Mit Herrn Beutler, der hier vor einiger Zeit gesagt hat: Ich bedaure, daß nicht geschehen worden ist, kann man sich über diese Dinge nicht unterhalten. (Sehr richtig! links.)

Nach der von mir erwähnten

Umstellung des Charakters der Polizei

müssen wir betonen, daß diese Polizei in ihrem intentionalen Wesen eine ganz andre geworden ist, als die vorrevolutionäre Polizei. Es gibt gewiß noch einzelne oder mehrere, vielleicht auch größere Teile, die auch noch nicht begriffen haben, daß der moderne Charakter der Polizei anders ist wie der Charakter der Polizei vor der Revolution. Demgegenüber muß aber auch gesagt werden, daß die Polizeibeamten in ihrer Mehrzahl sich als Diener des Staates, der Republik fühlen, nicht als die Mittel, die losgelassen werden, um auf hungerige Menschen einzuschlagen.

Die Vererbung über die Wahrung der Staatsgewalt zugunsten der

Hundertschaften

ist durchaus nicht am Platze. Im alten Klassenstaat hat sich die organisierte Arbeiterkraft im Laufe der Zeit bei ihren Demonstrationen das Recht bei den Polizeiverwaltungen erworben, daß diese Demonstrationen unter der Ordnung und der Garantie der betreffenden Parteileitungen vor sich gingen. Was damals möglich war, sollte nach der Revolution nicht möglich sein? Wenn es Ihnen nicht paßt, so macht das nichts, es wird trotzdem möglich sein! Es ist keine Rede davon, daß die Polizei, die Staatsgewalt, in Dresden abgebaut hat. Das Aufsteigen der Hundertschaften hat sich in Dresden als eine glückliche Wahnahme erwiesen, die scharfe Zusammenstöße vermieden hat. (Sehr richtig! links.) Der verhältnismäßig ruhige Verlauf der Demonstrationen in Dresden hat bei mir den Wunsch ausgelöst, daß es in andern Städten auch so hätte gehen müssen. (Sehr richtig! links.) Was in Dresden möglich gewesen ist, war nur möglich auf Grund der Tatsache, daß

die proletarischen Parteien zusammengewirkt haben.

(Lebhaftes Zustimmung links.) Würde man in andern Städten in gleicher Weise vorgegangen, hätten wir wahrscheinlich die tiefstehenden Erfahrungen dort nicht zu verzeichnen gehabt. (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

In Leipzig hat der Boden für die Verständigung geleitet. (Sehr richtig! links.) Das bitte ich zu berücksichtigen bei der Beurteilung des Leipziger Polizeipräsidenten. Er hat unter ganz andern Verhältnissen an der Spitze der Polizei gestanden als der Polizeipräsident in Dresden. Soweit das amtliche Material vorliegt, liegt kein Anlaß vor, zu sagen, daß die Polizei in Leipzig in irgendeiner Weise im allgemeinen — auf Kleinigkeiten kommt es nicht an — etwa ihre Aufgabe nicht erfüllt hätte und gerügt werden müßte. Ich betone noch einmal, ich habe die feste Überzeugung, wenn es möglich gewesen wäre, ein Nebereintommen zu treffen, wären auch diese tiefstehenden Ereignisse zum mindesten hier in Frage gestellt worden. (Sehr richtig! links.) Der Minister wendet sich dann der Beantwortung der einzelnen Anträge und Anfragen zu.

Wirtschaftsminister Jellisch: Der Reichsbund der deutschen Industrie hat weder einen Grund noch ein Recht, dem Reich für die Erfüllung des Reparationsplanes irgendwelche Bedingungen zu stellen. Die sächsische Regierung hat gegen das Verlangen der deutschen Industrie keine Verweigerung eingelegt; sie befindet sich dabei in Uebereinstimmung mit den freien und sächsischen Hundertschaften. Die sächsische Regierung wird auch für die Forderung der Erlassung der Sachverhalte ganz entschieden eintreten. Sie erblickt in den Bedingungen des Reparationsplanes auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen. Sie wird dies zu verhindern suchen durch Ausgestaltung der von der Arbeiterschaft auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete erkämpften Rechte.

Ministerialdirektor Dr. v. Pfugl macht darauf aufmerksam, daß in der Frage des Zeithainer Mächtigkeitslagers das Reich zuständig ist.

Abg. Berg (Dnat. Sp.): Die Regie der sächsischen Regierung habe wunderbar geflappert, denn es sei natürlich leicht, die ganze Schuld den Besitzenden in die Schuhe zu schieben. Dabei wisse man ganz genau, was für Elemente am Werke waren.

Abg. Müller (Leipzig, Soc.) sagt zu den Leipziger Vorgängen, daß in einer Zeit, in der es sehr schwierig ist, subjektiv die Schuldfrage festzustellen, über diese Dinge überhaupt nicht geredet werden sollte. Er (Redner) behauert auch, daß ein Zusammenarbeiten der Arbeiterparteien in Leipzig nicht möglich ist, wie in Dresden und wie es in ganz Sachsen der Fall sein sollte. Woran das liegt, sei aber nicht im Plenum des Landtages, sondern innerhalb der Parteien zu untersuchen. Wenn die Rechte die Leipziger Volkspartei gegen die Regierung auszuspielen versuche, so ist darauf zu erwidern, daß kein Mensch in der S. P. D. — auch die in der Presse als sogenannte rechtsgerichtete Führer bezeichneten Sozialdemokraten — daran denkt, die Regierung Zeigner zu stützen, vielmehr werden wir alles daran setzen, daß sie sich recht lange am Leben erhält. Wünschenswert wäre es, daß die Belästigungen dieser Bevölkerung der beiden Arbeiterparteien einer Verständigung Platz machte. Das Verhalten der S. P. D. der letzten Tage zeigt aber, daß man auf dieser Seite nicht daran denkt, diese Vorfälle abzubauen, sondern weiter gegen die Führer der S. P. D. zu gehen, wie die Forderung der Absetzung des Leipziger Polizeipräsidenten Meißner betriebe. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß es in absehbarer Zeit auch in Leipzig zu der ersehnten und notwendigen Verständigung zwischen den beiden Arbeiterparteien kommen möge.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) betrifft die Verfassung, daß die Kommunisten, weil von den mehr als 26 Verfassungsorganen

nicht weniger als 12 kommunistische Anträge und Anfragen betroffen, der Regierung Zeigner nur Schwierigkeiten machen wollen. Der Geduldsboden des Ministers Liebmann scheint aber noch ziemlich dick zu sein.

Abg. Lieberach (Komm.) ergeht sich in Vorwürfen gegen die Führer der Leipziger S. P. D., die er für die Uneinigkeit der dortigen beiden Arbeiterparteien verantwortlich macht, und spricht von erfolgloser Sabotagepolitik der Leipziger Volkspartei, die in einer wüsten Kommunismus mache.

Nachdem noch Abg. Müller (D. Sp.) gesprochen, wird — abends 8 Uhr — ein Schlußakt mit 15 Stimmen der Linken gegen 12 Stimmen der Rechten angenommen.

Die Abstimmung erfolgt in einer späteren Sitzung. Nächste Sitzung: Donnerstag, 14. Juni, 1 Uhr.

Französisches Geld für nationale Organisationen

Der Münchener Hochverratsprozeß

München, 12. Juni. (Fig. Drahtbericht.)

Der achte Verhandlungstag brachte neue maßlose Angriffe in Verdächtigungen des Verteidigers Pechalozza gegen die Ehre des Zeugen Mann, deren Grundlagen Mann auf seinen Eid hin sämtlich als unwahr bezeichnete. Diese Angriffe stützen sich alle auf Behauptungen des bekannten separatistischen Grafen Karl Voßmer, gegen den übrigens wegen Verbands des Hochverrats seit längerer Zeit ein Verfahren vor dem Reichsgericht schwebt. Dieser Voßmer ist der Schwager des berühmten Hochverrats Dr. Müllers. Auch der Zeuge Jung, der die Falschfälschung aufgedeckt hat, mußte heftigen Beschuldigungen des Rechtsanwalts Pechalozza mit seinem Eide entgegenzutreten. Dieses Vorgehen der Verteidigung erscheint bedauerlich, um so unerhörter, als durch die Veröffentlichung dieser unwahren Beschuldigungen in der Presse der gute Ruf und die Ehre dieser Zeugen trotz ihrer ebliden Gegenüberstellung schwer aufschädigt wird. Es ist bereits angekündigt, daß verschiedene Zeugen in einer Reihe von Verleumdungsverfahren wegen dieser Pechalozza und seine Hintermänner zur Verantwortung ziehen werden.

Für den Angeklagten Fuchs traten heute auch zwei Entlastungszeugen auf, ein Neurologe Dr. Lautenbainer und ein Direktor Dr. Habich, die beide den Fuchs seit mehr als 40 Jahren genau kennen. Beide schilderten Fuchs als einen Mann, der außerordentlich hart beeindruckbar ist, sich meistens einem härteren Willen unterordnet und dessen Verhandlungswort hinter seiner Einbildungskraft zurücktritt. Sie traten ihm jede Fälschung und praktischen Sinn ab. Wenn die Aussagen dieser Zeugen vom Gerichtshof in vollem Umfange gewürdigt werden, so tragen sie zweifellos wesentlich zur Entlastung des Angeklagten Fuchs bei.

Im übrigen war der heutige Tag mit der Vernehmung des Hauptzeugen Kautler, des ehemaligen Professors der Organisation Central (Hochverratsorganisation) ausgefüllt. Seine Aussagen deuten sich im allgemeinen mit den Angaben Manns und Fuchss überein; nur wenige Einzelheiten müssen davon berichtet werden. Kautler gibt an, daß es ihm vor allem daran gelegen war, die Mundpropaganda, die durch Fuchs, Wachhaus und ihr Geld in die nationalen Verbände seit langem hineingetragen worden ist, zu zerstören. In diesem Zweck hat er bereits im Dezember 1921 den ihm bekannten Leiter der Polizeizentralstelle in Wernberg, den Grafen Soben, auf gewisse Nachrichten des Fuchs und Wachhaus aufmerksam gemacht. Er hat diese Angaben und weitere dazu im September 1922 der Münchener Polizeidirektion mündlich gemacht. Nun sei auch eine Hausdurchsuchung der Fuchs und Wachhaus veranstaltet worden, aber ohne Erfolg. Aus der Angelegenheit hat hervor, daß die Polizeibehörden also schon lange auf Fuchs und Wachhaus hingewiesen worden waren, ohne daß es ihnen gelungen wäre, diesen gefährlichen Hochverrat aufzudecken.

Die behauptete Unterredung mit dem Minister Schwemer schildert Kautler in der bereits bekannten Weise. Er sagt noch hinzu, daß Schwemer am Schluß der ersten Unterredung ausdrücklich hervorhob, er könne die Verantwortung für ein Vorgehen gegen die Hochverratsorganisation nicht allein tragen und wolle jetzt sofort den Ministerpräsidenten Anklage vorbringen.

Auf die politische Ueberzeugungsarbeit des bereits früher vernommenen Zeugen Stiglbauer, eines Nationalsozialisten, wirkt folgende Aussage ein recht hübsches Licht: Wachhaus hat den Stiglbauer dadurch gewonnen, daß er ihm erlaubte, seine Aktion gegen die Juden und die Zeugen ein kleines Landgut von einem Juden erworben hat, so hoffte er, daß ihm dieses Landgut durch die Aktion all Eigentum zufalle.

An Geld von Wachhaus hat der Zeuge zusammen 62 Millionen Mark erhalten, die er reißlos zum Aufkauf der nationalen Organisationen weitergab. Der Zeuge hielt sich zur Annahme dieses französischen Geldes aus vaterländischer Gründen für berechtigt, weil ja dieses Geld gerade in entgegen gesetztem Sinn seiner Spender Verwendung gefunden habe.

Der Dollar 98 503, —

Preis. 13. Juni. (Amst.)

	13. 6.	13. 6.	12. 6.	12. 6.
	Geld	Stück	Geld	Stück
Amsterdam . . . 1 Gulden	36688,—	88747,—	82218,—	82802,—
Buenos Aires . . . 1 Peso	34683,—	34887,—	28826,50	29478,—
Norwegen . . . 1 Krone	16260,—	16841,—	13985,—	14036,—
Dänemark . . . 1 Krone	17806,00	17893,50	14763,—	14837,—
Schweden . . . 1 Krone	26084,00	26183,00	23244,—	23256,—
Schweden . . . 1 fin. Mark	2888,—	2707,—	2349,—	2361,—
Polen . . . 1 Zloty	4588,—	6434,—	4673,—	4687,—
Japan . . . 1 Yene	4513,60	4538,60	3925,—	3945,—
London . . . 1 Pf. Sterl.	43882,—	480138,—	384087,—	386988,—
Paris . . . 1 Dollar	88503,—	89897,—	81039,—	81461,—
Berlin . . . 1 Franc	824,—	827,—	5416,—	5444,—
Schweiz . . . 1 Franc	17606,50	17894,50	16122,—	16198,—
Spanien . . . 1 Peseta	14648,—	14717,—	12688,—	12738,—
Wien (abgef.) 100 Kronen	136,00	134,60	122,89	121,—
Wag . . . 1 Krone	2987,25	2982,—	2583,50	258,—
Wuppertal . . . 1 Krone	12,50	12,67	11,97	1,—

Sächsische Noten 110, —

rs. Berlin, 13. Juni. (Fig. Drahtm.) Die neue ra. Markverschlechterung, die gestern nach der amtlichen Feststellung begonnen hat, setzte sich heute vormittag in gerat fürmlichem Tempo fort, ohne daß neue Momente bekannt worden wären, die diese Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel rechtfertigen könnten. Der Dollar setzte heute mit etwa 92 000 ein und ging dann in stürmischem Tempo auf e. 96 000 hinauf. Pfunde wurden an der Börse mit 450 000 Mark handelt. Nach der amtlichen Feststellung schwächte sich der Devisenmarkt ab. Die unvermindert hauffierende Tendenz des Devisenmarktes, die schon gestern im Freibörse herrschte, hat heute unter dem Eindruck der weiteren Dollarverschlechterung erhalten. Es gibt fast nur noch Kaufaufträge. Allerdings sind sich vereinigt auch Kreise, die das hohe Ausmaß der Realisationsbewegung an der Börse geredet. Im Gegenfug zu diesem Devisenmarkt schloß sich das Interesse auf alle Märkte.